

Es informiert Sie	Gabriele Schubert
Telefon (0202)	563 6322
Fax (0202)	563 8031
E-Mail	gabriele.schubert@stadt.wuppertal.de
Datum	26.04.06

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (SI/4367/06) am 30.03.2006

Anwesend sind die Stadtverordneten:

Vorsitz

Frau Renate Warnecke ,

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Bergmann , Herr Horst Hombrecher (für Frau BM Silvia Kaut), Herr Karl-Heinz Huthwelker , Herr Dirk Jaschinsky , Frau Nicole Kleinert , Herr Jan Phillip Kühme ,

von der SPD-Fraktion

Frau Barbara Dudda-Dillbohner , Frau Sanda Grätz , Frau Christina Siemon ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller ,

von der FDP-Fraktion

Herr Ralf Otto Jacob ,

als parteiloses Mitglied

Herr Christoph Grüneberg ,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Frau Elisabeth August (PDS-Fraktion) ,

berat. Mitglied § 58 I S. 11 GO NRW

Herr Wolfgang Schulze (Ratsgruppe REP) ,

von der Verwaltung

Herr OB Peter Jung , Herr StD Dr. Johannes Slawig , die Beigeordneten Herr Harald Bayer , Herr Udo Hackländer ,

Herr Dirk Baumer (GMW.ZD1), Herr Norbert Dölle (403.1), Frau Christiane Gastmann (105.2), Frau Heike Hellkötter (105), Herr Claus-Jürgen Kaminski (401), Herr Ulrich Kronenberg (000), Herr Peter Kobelt , Herr Uwe Waldinger , Herr Wolfgang Herbener , Frau Martina Schmidt , Herr Klaus Zieglam , Prüferinnen und Prüfer (002)

Schriftführerin

Frau Gabriele Schubert

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt die **Vorsitzende**, ob es Einwände oder Zusätze zur Tagesordnung gebe; dies ist nicht der Fall.

Herr Beig. Bayer entschuldigt Herrn Beig. Uebrick wegen Krankheit. Die **Vorsitzende** entschuldigt Frau Beig. Drevermann und Herrn Beig. Dr. Kühn.

I. Öffentlicher Teil

1 Überprüfung der Entscheidung über den Einsatz von HMV-Asche als Tragschicht unter der Oberflächenabdichtung der Altdeponie Lüntenbeck Vorlage: VO/0339/06

Frau Stv. Siller begründet den Antrag damit, dass Ihrer Fraktion zu einigen Punkten Informationen fehlten. Diese seien auch dem zur Verfügung stehenden Schriftverkehr nicht zu entnehmen gewesen. Daher solle das Rechnungsprüfungsamt (RPA) mehr Transparenz in die Angelegenheit bringen. Damit erfolge auch eine Betrachtung des Streits von objektiver dritter Seite, die etwas mehr Sachlichkeit in das Thema bringen könne. Das RPA könne hier eine Schiedsrichterfunktion übernehmen.

Herr StD Dr. Slawig führt aus, ihn habe die Vorsitzende des Umweltausschusses, Frau Brücher, schriftlich um weitere Informationen gebeten, die er ihr gerne geben wolle. Es bedürfe nicht dieses Antrags, um die gewünschten Informationen zu bekommen. Selbstverständlich werde die Verwaltung die Informationen, die der Umweltausschuss wünsche, zur Verfügung stellen. Er sehe daher keinen Bedarf für eine Schiedsrichterrolle des RPA oder eine Sachverhaltsaufklärung durch das RPA.

Frau Stv. Siller bezieht sich auf Punkt (4) des Antrages. Es ergebe sich die Frage nach den Kosten alternativer Materialien. Bodenaushub werde zum Teil in anderen Städten abgelagert, weil dies in Wuppertal nicht möglich sei; hierfür müssten 10 bis 15 €/m³ gezahlt werden. Es stelle sich daher die Frage, ob das Geld für den Erdaushub in andere Städte gelangen müsse oder ob eine Ablagerung auf den hiesigen Deponien möglich sei.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Ausschuss in eine Fachdiskussion gerate, die nicht seine Aufgabe sei.

Herr StD Dr. Slawig bemerkt, die von Frau Stv. Siller geäußerte Frage habe ihm auch Frau Stv. Brücher als Vorsitzende des Umweltausschusses gestellt. Sie werde selbstverständlich von ihm beantwortet. Eine Ausschreibung stehe hier im Übrigen nicht in Frage. Es störe ihn, dass der Eindruck erweckt werde, das RPA sei erforderlich um an Informationen zu kommen. Er habe Frau Stv. Brücher bereits geantwortet und werde die nicht ausreichenden Informationen noch ergänzen. Die getroffene Entscheidung sei richtig, es gebe nichts zu verbergen. Auch für die politische Auseinandersetzung über die Entscheidung werde das RPA nicht benötigt. Alle benötigten Informationen sage er ausdrücklich zu.

Frau Stv. Dudda-Dillbohner schließt sich der Meinung von Herrn StD Dr. Slawig an und betont, es könne nicht darum gehen, vorhandene Informationen aufzuspüren. Die Beratung müsse im Fachausschuss erfolgen; den Antrag könne sie insofern nicht nachvollziehen.

Frau Stv. Siller fragt, ob die Beratung dann vertagt werden könne. Dies wird abgelehnt. Sie habe keine Informationen über eine Ausschreibung finden können, weshalb für sie immer noch die Frage bestehe, ob die Vorgehensweise, dass die Ausführung durch jemanden erfolgt, der ein Eigeninteresse habe, rechtlich in Ordnung sei.

Die **Vorsitzende** betont, hierbei handele es sich um eine andere Fragestellung als die im Antrag formulierte.

Frau Stv. Kleinert schließt sich der Meinung von Herrn StD Dr. Slawig und Frau Stv. Dudda-Dillbohner an. Die Beratung müsse im Fachausschuss stattfinden, da es sich nicht um einen abgeschlossenen Verwaltungsvorgang handele, der zu überprüfen wäre. Daher werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 30.03.2006:

Der gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion, Drs. Nr. VO/0339/06, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die FDP-Fraktion)

**2 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfungen im Zeitraum
01.07.05 - 31.12.05
Vorlage: VO/0250/06 Öffentl.**

S. 12:

Frau Stv. Kleinert fragt, ob ein Schulungsplan der Mitarbeiter wegen der mangelnden Qualifizierung bereits aufgestellt sei.

Die Frage soll zum Protokoll beantwortet werden.

S. 15:

Herr Stv. Jacob fragt, warum keine Stellungnahme durch das GMW abgegeben worden sei.

Herr Mönnick entschuldigt sich persönlich für die ausgebliebene Stellungnahme. Er habe die bereits angefertigte Stellungnahme schlicht auf seinem Schreibtisch vergessen.

Die Stellungnahme des GMW zum Prüfbericht Nr. 29/05 soll zum Protokoll nachgereicht werden.

S. 16/17

Frau Stv. Siller bemerkt, sie teile hier die Auffassung des RPA, dass die Maßnahme unwirtschaftlich sei.

Die Diskussion zu diesem Prüfbericht soll in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses noch einmal aufgegriffen werden.

S. 19

Frau Stv. Kleinert fragt, wie es in diesem Fall weitergehe.

Herr Stv. Jacob schließt sich der Frage an.

Herr Pölking antwortet, im Herbst habe eine Abrechnung vorgelegen, die aber

falsch gewesen sei und deshalb zurückgegeben worden sei. Im Dezember habe sich die Frage der Mehrwertsteuer gestellt, da die Maßnahme 1983 beauftragt, bis 1992 gebaut worden sei und 2005 abgerechnet werden sollte. In Frage stehe nun die zwischenzeitliche Mehrwertsteuererhöhung von 14% auf 16%. Die Verwaltung sei der Auffassung gewesen, es müsse mit dem Mehrwertsteuersatz von 14% gerechnet werden. Die Firma habe dies anders gesehen und auf einer rechtlichen Stellungnahme bestanden, da sie befürchtete, Probleme mit dem Finanzamt zu bekommen. Eine weitere Schwierigkeit stelle die Frage der rückwirkenden Abnahme dar. In den letzten Tagen habe die Rechtsabteilung diese Frage entschieden, so dass erst jetzt die Möglichkeit der Abrechnung gegeben sei. Seiner Einschätzung nach sei nun ein Ende des Vorgangs in Sicht.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den vorgelegten Bericht ohne Beschluss entgegen.

3 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Warnecke
Vorsitzende

Schubert
Schriftführerin